

# Zwischen Fortschritt und Verteidigung:

Das Erzbistum Freiburg 175 Jahre auf dem Weg durch die Zeit

Am 21. Oktober des Jahres 1827 wurde der erste Erzbischof der neu gegründeten Diözese Freiburg geweiht und inthronisiert. Damit kam ein langer Entstehungsprozess zum Abschluss. Warum aber, so wird man fragen, musste denn vor 175 Jahren ein neues Bistum in einem Gebiet geschaffen werden, wo seit tausend Jahren und mehr die kirchliche Organisation klar geregelt war, wo es uralte Bistümer, Dekanate, Pfarreien gab? Und wie hat man sich die Gründung eines neuen Bistums vorzustellen? Konkreter gefragt: Wie verlief die Gründungsgeschichte? Diesen Fragen soll im 1. Teil nachgegangen werden. Im 2. Teil betrachten wir die Entwicklung des Bistums unter den Aspekten: Wo lagen die Wendepunkte, welche Triebkräfte haben die Entwicklung vorangebracht? Wie wurde sie in eine bestimmte Richtung getrieben und wie sind die Verhältnisse hervorgebracht worden, in denen wir leben? Welche Kräfte haben sich in den Spannungen zwischen der „Vorwärts-“ und der „Rückwärtsbewegung“, zwischen Fortschritt und Verteidigung also, durchsetzen können – und warum? Im 3. Teil geht es um die Gegenwart: In welchen Verhältnissen, in welcher Kirche leben die Katholiken des Erzbistums Freiburg heute, als „Geliebte Erzdiözesanen“, wie Erzbischof Gröber die Hörerinnen und Hörer seiner Predigten zu begrüßen pflegte?

## 1. ZUR GRÜNDUNGSGESCHICHTE DES ERZBISTUMS

Die Zeit um 1800: Sollte sie nicht zur Chance werden für die Kirche zum Start in die moderne Zeit? Diese Zeit der eigentlichen

Moderne war um 1800 unverkennbar angebrochen. Das sahen die Zeitgenossen, und das sehen wir heute noch viel deutlicher als sie. Den geistigen Umbruch hatte die Aufklärung heraufgeführt, den politischen die Französische Revolution. Napoleon hat als Vollstrecker beider Prozesse den Umbruch auch und gerade am Oberrhein, im Deutschen Südwesten erzwungen. Die große Flurbereinigung schuf mittelgroße Flächenstaaten – unter ihnen das Großherzogtum Baden – anstelle des unentwirrbaren Gemenges von kleinen und kleinsten Herrschaften und Hoheitsgebieten. Die Flurbereinigung traf auch die Kirche. Sie erfolgte wie die gesamte territoriale Neuordnung in revolutionärer Form, d. h. mit Gewalt, als Umsturz, nicht in organischer Entwicklung. Das gilt auch für die Bildung des neuen Bistums Freiburg. Wie das Nachbarbistum Rottenburg ist es eine revolutionäre, gewaltsam herbeigeführte Schöpfung. Seiner Gründung gingen drei umstürzende Eingriffe in die kirchlichen Strukturen voraus: die gewaltsame Zerstümmelung der in das neue badische Staatsgebiet hineinragenden Bistümer, sodann die Aufhebung der Hochstifte und Reichsabteien mit ihren politischen Hoheitsrechten, und vor allem die Säkularisation, d. h. die Enteignung und Verstaatlichung des kirchlichen Vermögens und Grundeigentums durch den Reichsdeputationshauptschluss.

Das alles konnten die souveränen Staaten bewerkstelligen ohne jede Mitwirkung des Kirchenvolkes und gegen den Widerstand der kirchlichen Amtsträger. Wie nie zuvor lag seit Napoleon alle Macht bei den Staaten bzw. den Fürsten und ihren Regierungsbeamten. Sie hat-

ten den unerbittlichen Willen zur Umgestaltung der Kirchenkarte. Die neuen von Napoleon kreierten und vom Wiener Kongress völkerrechtlich legitimierten Staaten im südwestdeutschen Raum führten gemeinsame Verhandlungen in Frankfurt (dem Zentralort des Deutschen Bundes) mit dem Ergebnis, für die einzelnen Staaten eigene Landesbistümer zu bilden, die in allen Belangen mit Ausnahme der Seelsorge der staatlichen Hoheitsgewalt unterstellt sein sollten. Die entsprechenden Beschlüsse wurden für Baden im Frühjahr 1819 der römischen Kurie unterbreitet.

Baden hatte mit sogenannten Organisations- und Konstitutionsedikten schon 1803–1807 vollendete Tatsachen geschaffen. Eine staatliche Kirchenkommission wurde in Karlsruhe eingerichtet, die praktisch alle kirchlichen Verwaltungsakte (bis zu den Pfarreibesetzungen) zu überwachen hatte. Die Ausbildung des katholischen Klerus im Land hatte künftig zentral in Freiburg zu erfolgen. Man plante für Baden zunächst zwei Bistümer: das eine in Bruchsal für die „badischen“ Teile der Bistümer Speyer, Worms, Mainz und Würzburg, das zweite in Rastatt, Gengenbach oder Freiburg für die entsprechenden Teile aus den Bistümern Konstanz und Straßburg. Schließlich entschied man sich in Karlsruhe (aus Kostengründen) für nur eines, für dessen Sitz Freiburg den Zuschlag bekam. Für Freiburg sprachen das Münster mit seinen Pfründen, die Universität mit der Theologische Fakultät, der die katholischen Theologieprofessoren der Heidelberger Universität angeschlossen worden waren, aber auch die Tatsache, dass hier im südlichen Landesteil die Mehrzahl der katholischen Bevölkerung Badens lebte. Auch konnte man der Stadt so eine Kompensation für den Verlust vorderösterreichischer Zentralität bieten. Schließlich lag Freiburg relativ günstig für eine Anbindung der beiden Hohenzollern-Fürstentümer, die sich dem badischen Landesbistum anschließen wollten.

1821 stimmte der Papst (Pius VII.) dem Willen der badischen Regierung in einer Bulle „Provida solersque“ zu: Das Bistum Konstanz wurde endgültig „unterdrückt, zernichtet und vertilgt“. Die Zirkumskription des neuen Bistums entsprach den Landesgrenzen des badischen Großherzogtums, zuzüglich den

Fürstentümern Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen. Das Bistum war gegliedert in 39 Dekanate oder Landkapitel, 21 von ihnen gehörten ehemals zu Konstanz, je drei kamen von Straßburg und Worms; zwei von Würzburg, vier von Mainz, sechs von Speyer. Das Freiburger Bistum wurde zum Erzbistum aufgestuft, und zwar aufgrund seiner Größe (keines in den anderen südwestdeutschen Ländern hatte nur annähernd so viele Diözesanen). Zugleich wurde der Freiburger Erzbischof zum Metropoliten der neu gebildeten Oberrheinischen Kirchenprovinz. Ihr gehörten die Bistümer Rottenburg (für Württemberg), Mainz (für Hessen-Darmstadt), Limburg (für Hessen-Nassau und die Reichsstadt Frankfurt) sowie Fulda (für Kurhessen) an.

Schon im Februar 1822 erfolgte die Wahl des neuen Erzbischofs. Sie fiel auf Ignaz Heinrich Freiherr von Wessenberg (1774–1860). Der aus dem Breisgau stammende Theologe und Jurist war vom letzten Bischof von Konstanz, Karl Theodor von Dalberg, 1802 zum Generalvikar ernannt worden (1812 hatte sich Wessenberg zum Priester weihen lassen). Nach Dalbergs Tod 1817 wählte ihn das Domkapitel zum Bistumsverweser. Schon zuvor hatte Wessenberg die Diözese faktisch geleitet, da Dalberg als gleichzeitiger Bischof von Regensburg und Worms sowie als Erzbischof von Mainz ihm in Konstanz freie Hand ließ. Die entschieden aufgeklärte, moderne Führungsweise Wessenbergs machte ihn zum erklärten Feind des päpstlichen Nuntius. Der veranlasste den Papst, die Entlassung Wessenbergs als Generalvikar zu fordern (weil, wie er in einem Breve vom 2. 11. 1814 schrieb, „wir dessen perverse Lehren, dessen schlimmes Beispiel und dessen tollkühnen Widerstand gegen die Befehle des Apostolischen Stuhles... nicht länger dulden können“). Ebenso lehnte er ihn auch als Bistumsverweser strikt ab. Dennoch blieb Wessenberg in seinen Ämtern und nutzte sie zu einer konsequenten Modernisierung der Konstanzer Diözese. Seine Reformen erneuerten den Klerus (die Zusammensetzung des Domkapitels, die Auswahl, Ausbildung und Fortbildung der Geistlichen). Sie schufen eine volksnahe Liturgie (deutsche Messtexte, Verbot des lauten Rosenkranzgebetes während der Messe, Einordnung der Predigt nach dem Evangelium,



*Bernhard Boll, der erste Erzbischof von Freiburg*

Förderung von Kirchenlied und deutschen Psalmen). Er reformierte die Pfarrorganisation, teilte die Großpfarreien auf, und er gab der religiösen Erziehung neue Impulse. Nicht zuletzt begründete er eine Reihe sozialer Einrichtungen wie Waisenhäuser und „Rettungsanstalten“ in kirchlicher Trägerschaft. Seine Reformen zielten auf eine erneuerte, vernunftgerechte Frömmigkeit. Das machte ihn zum Gegner so traditioneller Formen wie dem Rosenkranz, den Bittgängen, Feiertagen, Wallfahrten, Prozessionen, Bruderschaften und anderer Elemente der Volksfrömmigkeit. Er setzte sich außerdem für mehr Autonomie der Nationalkirchen, m. a. W. für eine „Deutsche Kirche“ ein. Alles in allem provozierte er damit die Gegnerschaft der Repräsentanten der „alten Kirche“, vieler Äbte und Äbtissinnen säkularisierter Klöster, besonders aber der Vertreter Roms, des Nuntius und der ganzen Kurie.

Papst Pius VII., der Wessenberg die Anerkennung als Generalvikar abgesprochen und nicht als Bistumsverweser anerkannt hatte, weigerte ihm natürlich auch die Bestätigung als Erzbischof. Badens Großherzog Karl hatte zu Wessenberg gehalten. Sein Nachfolger Ludwig aber, der seit 1818 regierte, neigte im Unterschied zum eher laxen Karl zu einem autoritärem Stil. Gegen Wessenberg hegte er eine persönliche Abneigung, in der ihn der ehemalige Abt Oechsle von Salem bestärkte. Er war sich mit dem Papst in der Ablehnung Wessenbergs einig und veranlasste diesen zum Verzicht auf das Bischofsamt. Dem fiel das schwer. Hatte er doch in einer schon halbwegs demokratischen Wahl mehr als zwei Drittel der Stimmen von den 95 Wahlberechtigten bekommen. Die Dekane und die Generalvikariate der früheren Bistümer waren zur Wahl berechtigt gewesen, da es noch kein Domkapitel gab.

Nach Wessenbergs ziemlich verklausulierter Verzichtserklärung wurde der Freiburger Moraltheologe Wanker nachnominiert, starb aber im Januar 1824, bevor Rom ihn bestätigt hatte. Dann präsentierte der Großherzog seinen Wunschkandidaten. Es war Bernhard Boll, in Stuttgart geboren, wollte zuerst zu den Jesuiten, wurde dann Zisterziensermönch in Salem, seit 1809 Freiburger Münsterpfarrer und zuvor schon Professor für Philosophie an der Universität. Ihn hatte der neue Großherzog schon seit

langem als seinen Mann auserkoren. Nun dauerte es noch einmal drei Jahre, bis sich die Kurie mit den staatskirchlichen Positionen der badischen Regierung abzufinden bereit war und Boll in der Bulle „Ad dominici gregis“ am 11. 4. 1827 seine Zustimmung erteilte. Sechs Monate später erklärte der Großherzog in einer Staatsurkunde das Landesbistum für „gegründet, gestiftet und ausgestattet.“ Endlich konnte die Konsekration Bolls und dann seine Inthronisation am 21. 10. 1827 im Freiburger Münster erfolgen. Zuvor hatte Boll im Einvernehmen mit Rom und Karlsruhe das Domkapitel konstituiert, dem u. a. drei „aufgeklärte“ und dem „Fortschritt“ nahe Männer angehörten: der Alttestamentler Leonhard Hug, der Jurist Hermann von Vicari (einziges Mitglied aus dem ehemaligen Konstanzer Domkapitel und nunmehr zum Generalvikar ernannt) und Vitus Burg, der bislang die von Straßburg abgetrennten Landkapitel geleitet hatte und jetzt zum Weihbischof, bald danach zum Bischof von Mainz ernannt wurde. Der badische Staat setzte seine Kirchenhoheit durch und behauptete gegenüber Rom das Recht, dass künftig kein Bischof in Freiburg ernannt werde, den der Großherzog zur persona non grata erklärt hätte.

Eine erste Zwischenbilanz lässt die Gründung des Erzbistums Freiburg als das Ergebnis eines machtpolitischen Ringens zwischen dem sich ziemlich omnipotent gerierenden badischen Staat und der auf die Ausschaltung Wessenbergs fixierten römischen Kurie erkennen und entsprechend beurteilen. Gegen Wessenberg glaubte Rom im Bund mit Teilen des entmachteten Ordensklerus und der katholischen Landbevölkerung die Einheits- und Traditionskräfte der katholischen Kirche verteidigen zu müssen. Die Bildung des neuen Erzbistums, dessen Grenzen mit den Landesgrenzen (zuzüglich den beiden Hohenzollern) übereinstimmten, bot die Chance zur strafferen, einheitlichen Führung und Administration der Kirche. Der Preis für einen solchen „Fortschritt“ war freilich gewaltig. Die Aufhebung der Klöster mit dem Verlust von Vermögen, Hoheitsrechten und Einkünften der Kirche bedeutete eine grundlegende Entmachtung der geistlichen Gewalten, freilich auch ihre Entlastung und Befreiung von weltlichen Aufgaben und Verstrickungen. Nicht zu unterschätzen ist die

Tatsache, dass mit der Säkularisation die Zentren katholischer Elitenbildung in den Schulen und Bibliotheken der Klöster ausgelöscht wurden. Fortan ließ der Staat keinen Zweifel daran, dass die höhere Bildung in Gymnasien und Universitäten seinen (aufgeklärten) Interessen und Zielen unterworfen sein sollte. Nur für die Mädchenbildung wurden einige Ordensschulen als kirchliche „Lehrinstitute“ noch eine Zeitlang geduldet. Insgesamt trat das neue Erzbistum Freiburg jedenfalls eher als Produkt machtpolitischer Interessen ins Leben denn als Geschöpf des Geistes.

Geistige Kräfte haben zur Gründung des Freiburger Erzbistums freilich auch ihren Beitrag geleistet. Es waren die Kräfte der katholischen Spätaufklärung, die den damaligen Zeitgeist im deutschen Südwesten bestimmten. Seine Vertreter wirkten an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg, aber auch in Würzburg und Straßburg. Viele der Geistlichen, von denen nicht wenige in Dillingen von Johann Michael Sailer geprägt worden waren, und weite Teile des katholischen Bürgertums hierzulande waren davon durchdrungen, und vor allem stand das Meersburger Priesterseminar unter Wessenbergs Leitung diesem Geiste offen. Die Reformleistung Wessenbergs trug zur Zeit der Bistumsgründung weithin sichtbare Früchte. Gleichzeitig wurde sie aber auch in Frage gestellt und zunehmend desavouiert oder schon rückgängig gemacht. Bei den „Wessenbergianern“ im Klerus begründete sie eine gewisse Distanz zur neuen amtskirchlichen Obrigkeit wie auch manchen Verdross an so traditionellen Pflichterfüllungen wie dem täglichen (lateinischen) Breviergebet. Noch 1841 bezeichnete der päpstliche Nuntius die badi-schen Geistlichen als „die schlechtesten von ganz Deutschland.“ In der katholischen Bevölkerung, d. h. bei den „einfachen Leuten“ war man enttäuscht und z. T. verbittert durch den Verlust gewohnter Formen und Zentren der Volksfrömmigkeit wie der vielen Wallfahrten und Wallfahrtsorte. Die Träger der politischen Meinungs- und Willensbildung indes, das „progressive“ Bürgertum, identifizierten sich ganz mit dem Geist der katholischen Spätaufklärung und ebenso mit der vom aufgeklärten Staat herbeigeführten Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse.

## 2. ZUR ENTWICKLUNGSGE-SCHICHTE DES ERZBISTUMS

Das neue kirchliche Gemeinwesen sah sich von seiner Entstehung an vor drei gewaltige Problemkomplexe gestellt. Sie haben ein halbes Jahrhundert lang, wenn nicht noch länger die Entwicklung des Bistums belastet.

Die Katholiken des Bistums waren von heterogenen Traditionen geprägt. Sie kamen aus sechs verschiedenen Bistümern und blieben noch lange Zeit auf diese hin ausgerichtet, was sich in ihren Liedern, Gebeten, ihrer Heiligenverehrung und ihrem religiösen Brauchtum niederschlug. Zur divergierenden Herkunft aus unterschiedlichen Diözesen kam hinzu, dass vielerorts eine besondere Bindung der Gläubigen zu einem Kloster in ihrer Region bestanden hatte, mit dem man sich pastoral identifiziert hatte. Das Bistum sollte all diese Teilidentitäten integrieren, wozu der Bistumsleitung die Kräfte ebenso fehlten wie ein Konzept.

Ein großer Teil der Geistlichkeit und des Kirchenvolkes war durch den fundamentalen Richtungsstreit zwischen „Progressiven“ und „Traditionalisten“ gespalten. Das galt vor allem für die Teile aus dem aufgehobenen Bistum Konstanz, aber nicht nur für sie. In der öffentlichen Meinung wie im privaten Bekenntnis äußerte sich der Gegensatz in personalisierter Form als Engagement für oder gegen Wessenberg. Die „fortschrittlichen“ Wessenbergianer kämpften für Reformen, befürworteten meist die staatskirchliche Politik der Karlsruher Regierung und traten für so „moderne“ Forderungen ein wie die Abschaffung des Zölibats, die Bildung von Synoden als „demokratische“ Basis des Bistums und eine ökumenische Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche. Die „Traditionalisten“ verlangten bedingungslose Treue zu Papst und Bischof und lehnten die „aufklärerischen“ Neuerungen in Liturgie und Glaubenspraxis ab. Entschiedene Gegner des sogenannten „Wessenbergianismus“ verweigerten sich der Seelsorge und dem Religionsunterricht der für glaubenslos bzw. für „aufgeklärt“ gehaltenen Priester, so vor allem die neue Salpeterer-Bewegung im Hotzenwald. Bis in die ersten Jahre des Episkopats des Erzbischofs von Vicari verhielt man sich in der Bischofsleitung gegenüber

dem drohenden „Schisma“ in der Diözese weitgehend hilflos.

Hilflos zeigten sich die beiden ersten Erzbischöfe Boll und Demeter auch gegenüber dem dritten Problem, das sie zugleich als das schlimmste betrachteten: Es war die völlige Abhängigkeit von der staatlichen Obrigkeit, von der man sich auf Schritt und Tritt gegängelt fühlen musste. Die Politik des Staatskirchentums erwartete von der Kirche nicht Partnerschaft, sondern Gefolgschaft. Das staatliche Aufsichtsrecht betraf alle bischöflichen Anordnungen und Erlasse, aber auch päpstliche Schreiben, die sich auf die Diözese bezogen. Sie alle bedurften vor der Veröffentlichung der Genehmigung (des „Placet“) durch die Regierung. Der Klerus unterstand staatlicher Prüfungs- und Gerichtshoheit. Der Großherzog hatte das Recht, die Pfarreien zu besetzen. Dem Bischof blieb nur die Weihegewalt für seine Geistlichen. An der Spitze der Landkapitel amtierte neben dem von den Pfarrern gewählten Dekan jeweils ein vom Staat ernannter Schuldekan.

Die Führung und Gestaltung des neuen Erzbistums stellte den Bischof vor einen Berg von Aufgaben, bei deren Bewältigung ihm das Domkapitel keineswegs geschlossen zur Seite stand. Auch die Professoren der Theologischen Fakultät machten ihm wohl mehr Sorgen als Hoffnung. Wollte man das Schicksal des Erzbistums Freiburg durch die 175 Jahre seiner Geschichte verfolgen, gliche der Weg durch die zurückzulegende Strecke einem Flusslauf mit unzähligen Windungen, Seitenarmen und Stautufen. Hier wollen wir uns darauf beschränken, auf einige Wendekurven und besondere Gefällstrecken im historischen Fortgang des Lebensstromes der Erzdiözese zu blicken. Die durchaus subjektive Auswahl hebt die Phase der Badischen Revolution von 1848/49 aus der Gesamtentwicklung heraus, dann die Zeit des Kulturkampfes, ferner die Periode des Wiedererstarkens der Kirche bis zum Ersten Weltkrieg und schließlich die Krise von Staat und Gesellschaft in der NS-Zeit.

Katholiken standen in der Badischen Revolution anfangs ganz vorn. Führende Köpfe wie Hecker, Brentano, Peter, Fickler, Goegg waren ebenso katholischer Konfession wie der „Stammvater“ der badischen Liberalen Carl von

Rotteck es gewesen war. Eine „Katholische Bewegung“ hatte sich unter Führung von Franz Joseph Buss schon im Vormärz gebildet, um die katholische Kirche aus ihrer Benachteiligung in Staat und Gesellschaft zu befreien. Sie mobilisierte in den ersten Revolutionsmonaten einen wahren „Petitionensturm“ gegen die staatskirchliche Bevormundung der Kirche und die drohende Aufhebung der „geistlichen Schulaufsicht“. Einzelne Geistliche – natürlich „Wessenbergianer“ – schlossen sich demonstrativ den Revolutionären an. Eine Hauschronik aus dem Schwarzwald berichtet voller Entrüstung: „Viele Priester ließen an Eifer für das Wort Gottes nach, begaben sich sogar in die Politik, hielten öffentlich revolutionäre Reden, gaben Unterricht bei den Exerzierübungen, stellten sich entschieden gegen Kirche und Staat... Der jetzige hochwürdige Herr Erzbischof in Freiburg im Breisgau wird von seinen Priestern mit schnöden und unangemessenen Forderungen bedrängt...“ In der Tat verlangten zahlreiche Kapitelskonferenzen die Einberufung einer Synode unter Beteiligung von Laien; andere forderten die Aufhebung des Pflichtzölibats oder die Bischofswahl nach frühchristlichem Modus durch Priester und Volk. Die Radikalisierung der Revolution im Frühsommer 1849 brachte die Wende. Buss und seine „katholische Bewegung“ stellten sich auf die Seite der Gegenrevolution, ebenso Erzbischof von Vicari, der sich zuvor durchaus indifferent verhalten hatte. Sie feierten das Scheitern des revolutionären Volksaufstands mit Dankgottesdiensten und brachten ihre Gläubigen durch Volksmissionen zur strengen Kirchendisziplin zurück. Die o. g. Chronik urteilt über die Entwicklung folgendermaßen: „Im ganzen Land kam Einsicht, Gehorsam und Vertrauen mehr und mehr zurück... Die Priesterschaft huldigt wieder mit lebendigerem Gehorsam und mit Liebe ihrem Metropoliten und der Landesregierung. Es ist wieder mehr Eifer für die Kirche erwachsen, dies sogar bei höheren Schulen und Ständen. Es kam die Einsicht, dass nur Religion uns Segen bringt...“ Im Blick auf die Revolution von 1848/49 wurde mehr als zuvor erkennbar, wie ambivalent der „Fortschritt“ war, für den die Liberalen kämpften. Aber welche Kirche wurde von den Gegenrevolutionären verteidigt?

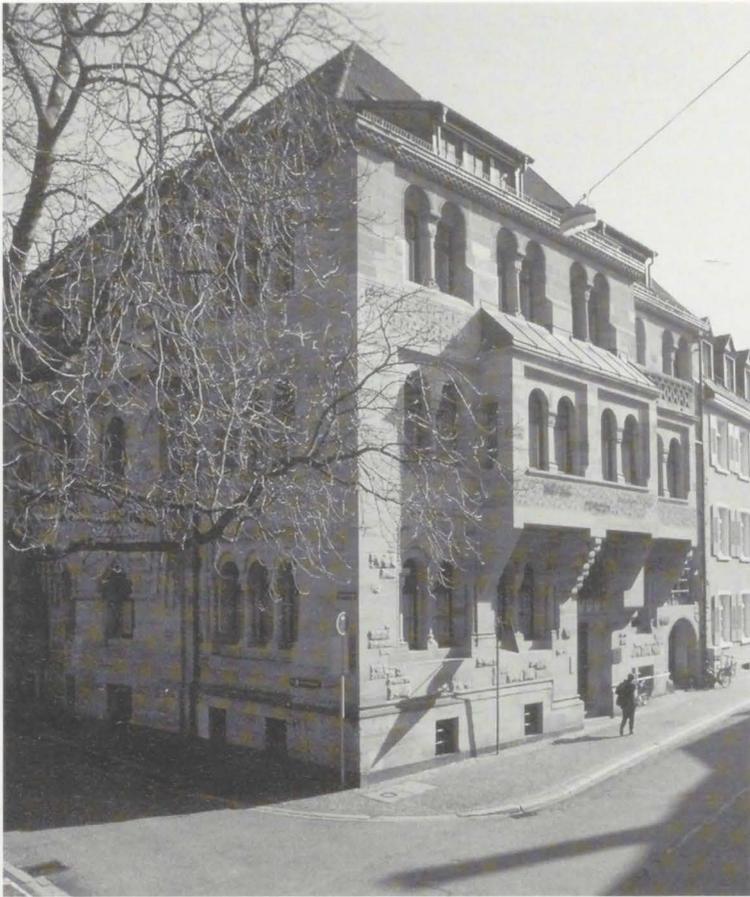


*Erzbischofswappen am Erzbischöflichen Palais*

Es ist gewiss kein Zufall, dass der Kulturkampf nirgends so früh begann (5 Jahre vor seinem Ausbruch in Preußen!) und nirgends so heftig tobte, wohl auch nirgends so tiefe Wunden hinterließ und nirgends so gravierende Folgen hatte wie in Baden bzw. im Erzbistum Freiburg. 1842 war Hermann von Vicari mit 69 Jahren zum neuen Erzbischof gewählt und bestätigt worden. Bis zur 48er Revolution hatte er sich kirchenpolitisch zurückhaltend gezeigt. Die Wende kam mit der Radikalisierung der badischen Revolution 1849. Im Zuge der Reaktion begann er, für die Rückeroberung kirchlicher Macht zu kämpfen. Dabei wurde er tatkräftig unterstützt von seinem Sekretär Strehle und dem Ordinariatsrat Maas. Seit 1851 verlangte er die Aufhebung der staatskirchlichen Verordnungen und Gesetze von der badischen Regierung, wenn auch ohne Erfolg. 1852 verbot er die Abhaltung von Seelenämtern für den verstorbenen Großherzog Leopold. 60 Pfarrer, die das Verbot übertraten, beorderte er zu Strafexerzitien nach St. Peter. Alle folgten. Seitdem zeigte sich der ganze Diözesanklerus gehorsam. Nun wandte sich Vicari demonstrativ

gegen die staatliche Kirchenhoheit, besetzte Pfarreien, verbot die Mitwirkung des Staates bei theologischen Prüfungen, weigerte sich, seine Schreiben der staatlichen Behörde zur Genehmigung vorzulegen und exkommunizierte die leitenden Beamten, die im Innenministerium für die katholischen Kirchensachen zuständig waren. Nun wurde der Erzbischof 1854 in seinem Palais wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ unter Hausarrest gestellt. Dieser ersten Phase des „badischen Kirchenstreites“ folgte in den 1860er Jahren der Streit um die Schulhoheit. Die Regierung entzog der Kirche die „geistliche Schulaufsicht“ und machte die Volksschule zur Staatsanstalt unter der Aufsicht staatlicher Schulämter. Dem Protest der Kirchenleitung schloss sich die katholische Laienbewegung an, woraus sich eine politische Organisation der Katholiken, die „katholische Volkspartei“ als Kern des „politischen Katholizismus“ bildete.

Der Stadtpfarrer von Donaueschingen notierte damals in seiner Chronik: „In der II. Ständekammer zu Karlsruhe wurde die vollständige Trennung der Schule von der Kirche



*Erzbischöfliches Ordinariat*

beschlossen. Stürmische Szenen in der Kammer und große Aufregung unter dem Volke. Von Seiten der hohen Kirchenbehörde wird uns der Eintritt in den Ortsschulrath, wo wir Geistliche nicht mehr Vorsitzende, sondern nur noch Mitglieder sein sollen, gänzlich untersagt. Die Feinde der Kirche, die täglich sich mehren, gehen darauf aus, dieselbe aus der Familie und dem öffentlichen Leben zu verdrängen; der Einfluss der Religion soll sich lediglich auf die vier Wände der Kirche beschränken. Ganz feindselig benimmt sich der größte Teil der Schullehrer, die freilich von Haus aus längst geschworene Feinde des Klerus sind. Es ist gar nicht zu zweifeln, dass nach ein paar Jahren der Religionsunterricht in der Schule nicht mehr obligat ist. Mein Gott, wie trüb die Aussicht!“

Der Konflikt eskalierte zum Machtkampf zwischen der politischen Elite, d. h. dem libera-

len Bürgertum, und dem Klerus als der geistig-moralischen Elite. Letztlich war es ein Kampf um die Ordnungsvorstellungen für Staat und Gesellschaft. Für die Liberalen waren Freiheit und Vernunft die Leitziele, für die katholische Kirche waren es Autorität und Gewissen. Mit dem „Kulturrexamensgesetz“ von 1867 wurden alle künftigen Geistlichen zu einer Staatsprüfung in den Fächern klassischer Bildung (Alte Sprachen, Philosophie, Geschichte, Deutsche Literatur) verpflichtet. Der Bischof verbot den Theologiestudenten, sich der Prüfung zu unterziehen. Bis auf zwei folgten alle, obwohl die Verweigerer mit schweren Strafen verfolgt wurden. Allein in einem Jahr kamen 32 Neupriester vor Gericht. Keiner konnte eine Stelle in einer Pfarrei bekommen. Viele saßen im Gefängnis. Dutzende emigrierten ins Ausland. Im Volksmund hießen sie „Sperrlinge“. Fast ein Drittel

der Pfarrstellen konnte nicht mehr besetzt werden. Inzwischen war Hermann von Vicari 1868 (mit 95 Jahren) verstorben. Die Regierung verweigerte dem zum Nachfolger gewählten Weihbischof Lothar Kübel die Genehmigung. Er blieb zeitlebens, 14 Jahre lang, nur Bistumsverweser. Weil er Theologen ohne Kulturexamen weihte, wurde er wiederholt zu hohen Geldstrafen verurteilt. Das Gericht ließ seine Möbel pfänden. Freiburger Bürger ersteigerten das Mobilien und gaben es dem Bischof zurück.

1876 beschloss der Landtag die Einführung der Simultanschule, d. h. der überkonfessionellen christlichen Gemeinschaftsschule. Ein revolutionärer Akt. Der Protest des Erzbistums blieb erfolglos. Allerdings begann danach die Einheitsfront der Liberalen zu bröckeln. Langsam ebte der Kulturkampf ab. Nichts hatte sich als so ambivalent und zwiespältig erwiesen als der von den Liberalen vertretene „Fortschritt“. Der lange Konflikt hatte die Katholiken zum Schulterchluss mit ihrer Kirchenleitung gebracht und zu einer konservativen Verhärtung. Der politische Katholizismus war zu einer Macht geworden, freilich mit ultramontaner Prägung.

Die defensive Konzentration der kirchlichen Kräfte hielt über die Jahrhundertwende hinweg an. Sie bewirkte indes ein unerwartetes Wiedererstarken des Katholizismus – weltweit und gerade auch im Erzbistum Freiburg. Das Papsttum gewann mit dem Vatikanischen Konzil neue Autorität, konnte den Syllabus, das Unfehlbarkeitsdogma und den Modernisteneid in der Freiburger Diözese machtvoll durchsetzen. Zwar separierten sich die Altkatholiken nun von Rom; ihre Kirche gewann auf dem Gebiet des Freiburger Erzbistums 17 000 Mitglieder, rund die Hälfte aller Altkatholiken im Deutschen Reich. Aber gleichzeitig vermochte der katholische Klerus das Kirchenvolk enger an ihre Kirche zu binden, vor allem durch die Bildung zahlreicher Standesvereine sowie den Ausbau sozialer Institutionen in kirchlicher Trägerschaft. Ausdruck dieser Entwicklung war z. B. der Aufstieg des „Volksvereins für das katholische Deutschland“, einer breiten Massenorganisation, die zur wichtigsten Transmissionskraft des politischen Katholizismus bzw. der Zentrumsparterie wurde. Zeichen der Wiedererstarkung und Neuorientierung der Kirche

war die Gründung des Deutschen Caritas-Verbandes im Jahre 1897, der seitdem seinen Sitz in Freiburg hat. Hunderte von örtlichen Pflegeanstalten und Fürsorgestellen wurden bis zum Ersten Weltkrieg von der Caritas in der Diözese geschaffen und unterhalten. Noch stärker wuchs die Zahl der Kindergärten und Krankenstationen, die von Ordensschwwestern betreut wurden.

Innergesellschaftlich vollzog sich ein dramatischer sozialer Wandel mit der Entfaltung der Arbeiterschaft, dem Bevölkerungsanstieg und der Ablösung der Aristokratie als führender Klasse durch das Bürgertum, das stürmische Wachstum der Städte und die Veränderung des wirtschaftlichen Lebens. Noch immer sah die katholische Kirche ihre Hauptstütze in der Landbevölkerung. Noch immer blieb sie im Wettbewerb um Bildung und Wissenschaft im Rückstand. Nur mühsam erreichten katholische Professoren akademische Karrieren, und dann in der Regel nur in den Geisteswissenschaften. Hier erwarb sich der Freiburger Verlag Herder als katholisches Unternehmen ein hohes Ansehen, vor allem natürlich in der Theologie. Als liberaler Kirchen- und Kunsthistoriker blieb der Freiburger Franz Xaver Kraus der Kirchenleitung zwar verdächtig, umso mehr schätzte man ihn im Bürgertum und am großherzoglichen Hof. Breite Resonanz fand in allen Schichten der Pfarrer und Volksschriftsteller Heinrich Hansjakob, obwohl (oder gerade weil) er aus seiner Kritik an der Erzbischöflichen und an der Päpstlichen Kurie kein Hehl machte.

Insgesamt entfaltete sich in jenen Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende in der Erzdiözese das, was Soziologen das „katholische Milieu“ nennen: ein dichtes Geflecht von Binnenbeziehungen und Solidarverbindungen mit hohem Vertrauenspotential, nicht zuletzt in die Führungskraft des eigenen Klerus. Dabei musste sich die Kirchenleitung darauf einstellen, dass sich die Bevölkerung im Land immer mehr konfessionell durchmischte. Die Rolle der Diaspora nahm zu, sichtbar am Wachsen des Bonifatiusvereins (den Weihbischof Knecht besonders gefördert hat). Der Religionsunterricht sollte die konfessionelle Bindung stärken. Katholiken fanden (endlich) zur Biblischen Geschichte (freilich in erzählend moralisieren-

der Form). Die Liturgie bekam neue Impulse, einerseits in der Stärkung des Römisch-Katholischen Ritus mit dem von dem Beuroner Benediktiner Anselm Schott entwickelten Messbuch sowie dem ebenfalls von Beuron aus geförderten Choralgesang, andererseits durch das 1892 geschaffene neue Diözesangesangbuch „Magnificat“. Conrad Gröber hat es als Domkapitular 1927 überarbeitet und viele volkstümliche Lieder, Gebete und Psalmen eingefügt. Seit dem Ende der Monarchie und der liberalen Vorherrschaft im Land konnten sich die Orden ausbreiten. Nun kamen nach fast 120 Jahren erstmals wieder Franziskaner, Kapuziner und andere Mönchsgemeinschaften ins Land neben den zahlreichen Frauenkonventen, die bereits bestanden. Der politische Katholizismus kam zu seiner höchsten Blüte. Das Zentrum, die Partei der Katholiken, wurde zur stärksten Fraktion im badischen Landtag. Führende Zentrumsleute aus der Diözese wie die Freiburger Abgeordneten Constantin Fehrenbach und Joseph Wirth gelangten in höchste Staatsämter im Deutschen Reich.

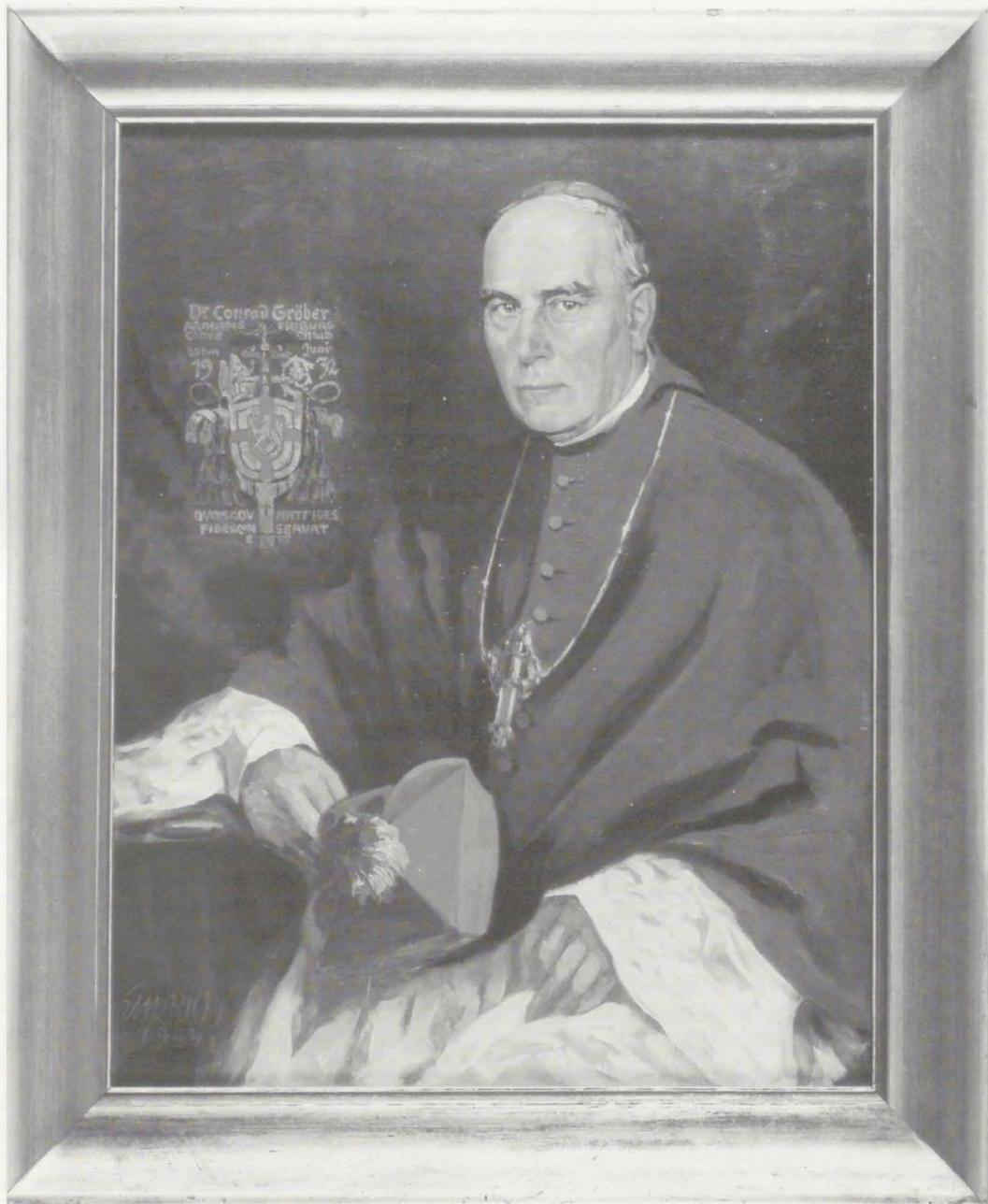
Dann zerbrach mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten die „heile Welt“. Erzbischof Gröber, der seit 1932 das Bistum regierte, vollzog den politischen Anschluss der Diözese an den „neuen Staat“, wie er ihn bezeichnete, in voreiligem Überschwang. Dabei bewog ihn nicht zuletzt die Hoffnung, damit (und mit seinem – formal erfolgreichen – Bemühen um ein Reichskonkordat der Kurie mit Hitler) einen neuen Kulturkampf zu verhindern. Aber bald musste er selbst wie viele seiner Geistlichen und Erzdiözesanen den Irrtum erkennen. Der kirchliche Widerstand wuchs, wenn auch nicht flächendeckend. Nicht wenige Priester wagten den offenen Konflikt mit dem NS-Regime. 58 Diözesanpriester wurden verhaftet und mit zum Teil schweren Strafen verfolgt. 18 Priester aus dem Erzbistum sind ins KZ gesperrt worden. Zehn sind als Häftlinge ermordet worden oder zu Tode gekommen. Erzbischof Gröber selbst entwickelte sich zunehmend zum „größten Feind der NSDAP und des NS-Staates“, wie ihn ein führender Nazi 1940 in Karlsruhe nannte. In mutiger Weise unterstützte er die Hilfstätigkeit von Gertrud Luckner, einer Mitarbeiterin des Caritas-Verbandes, für Verfolgte, vor allem für verfolgte Juden. Insgesamt

wurde die katholische Kirche (weitgehend auch das katholische „Milieu“) zum Hort einer relativ freien, systemkritischen Einstellung und Meinungsäußerung im „Dritten Reich“.

Am Ende galt zumindest für die alliierten Sieger 1945 die katholische Kirche fast allein als Institution, die von der NS-Diktatur mit ihrem Terror nicht korrumpiert worden war. Entsprechend einflussreich war die katholische Kirche bei der politischen Säuberung („Entnazifizierung“) und bei der Neugestaltung des Gemeinwesens in den Nachkriegsjahren, nicht zuletzt durch ihre vorbildliche Hilfe zur Linderung des unvorstellbar großen Nachkriegselends. Das religiöse Leben blühte wie lange nicht mehr. Mehrere hundert Kirchen wurden neu gebaut, andere grundlegend renoviert oder erweitert. Die Jugend sammelte sich in der Kirche. Die Kirche prägte das kulturelle Leben. Der Wiederaufbau des Sozialstaates in den Jahren vor und nach 1950 war zu einem erheblichen Teil das Werk der Kirchen.

### 3. ZUR GEGENWARTS- GESCHICHTE DES ERZBISTUMS

Die Epoche der letzten 40 Jahre kann man als „unsere Zeit“, als die Gegenwartsgeschichte des Erzbistums betrachten. Sie begann mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, das am 11. Oktober 1962 eröffnet und am 8. Dezember 1965 beendet wurde. Was hat dieses Konzil in der Erzdiözese Freiburg bewirkt? Erzbischof Schöffe hat engagiert und aktiv am Konzil mitgewirkt. Bedeutende Theologen aus unserem Raum haben den Gang des Konzils maßgeblich beeinflusst; erinnert sei nur an Karl Rahner und Kardinal Bea. Als auffälligste Neuerung haben die Menschen wohl zunächst die Liturgiereformen des Konzils wahrgenommen: Das weitgehende Verschwinden der lateinischen Sprache, die Zelebration der Messe versus populum und die Errichtung von entsprechenden Zelebrationsaltären sind sinnfällige Beispiele dafür. Die zweite Neuerung oder Erneuerung im kirchlichen Innenleben, die vom Konzil ausging, war die Stärkung der Laien in den Gemeinden und Diözesangemeinden durch die Bildung von Räten. Gewählte Pfarrgemeinderäte sowie der Diözesanrat haben



*Conrad Gröber, Freiburger Erzbischof in schwerer Zeit*

nicht nur formal neue Strukturen geschaffen, sondern auch Bewusstsein verändert. Die Identifikation der Laien mit der Kirche oder zumindest ihre kritische Loyalität konnte wachsen. Das kirchliche Gemeindeleben hat zweifellos

davon profitiert. Als dritte Dimension der nachkonziliaren Entwicklung in der Diözese lässt sich die geistige Öffnung der Kirche zur Welt hin begreifen. Früchte dieser Entwicklung zeigen sich in der intensiveren Partizipation kirch-

licher Einrichtungen oder entsprechender Träger an kommunalen und staatlichen Gremien vor allem auf dem Gebiet der Erziehung, des Sozialen und der Kulturarbeit. Das kirchliche Schulwesen gewann in der Erzdiözese erheblich an Bedeutung, nicht zuletzt durch die Schaffung der Erzbischöflichen Schulstiftung, der zur Zeit 17 blühende Schulen in kirchlicher Trägerschaft angehören. In diesen Kontext gehört auch der sowohl quantitative wie qualitative Ausbau der kirchlichen Erwachsenenbildung mit rund 670 örtlichen Bildungswerken und 13 Bildungszentren. Die Expansion kirchlicher Sozialarbeit schlägt sich u. a. in der Leistungsbilanz des Diözesan-Caritasverbandes nieder. Er unterhält derzeit 89 stationäre Altenhilfeeinrichtungen, 35 stationäre Einrichtungen für geistig oder körperlich Behinderte, 23 Jugendwohnheime und über 100 Beratungsstellen sowie ambulante Sozialstationen und Pflegedienste und vieles andere mehr.

Im Blick auf die Erzdiözese in unserer Zeit lassen sich freilich auch die Probleme nicht übersehen oder gar unterschlagen, denen sich das Bistum ausgesetzt sieht. In den Blick tritt der eklatante und sich dramatisch steigernde Priestermangel. Er ist durch die Bildung von Seelsorgeeinheiten überhaupt nicht zu kompensieren. Von den derzeit im Erzbistum gezählten 1083 Seelsorgestellen (Pfarreien und Kuratien) sind 516 nicht mehr besetzt. Zwar leben in der Diözese noch mehr als 1200 Geistliche (einschließlich der Ordenspriester und Priester aus anderen Diözesen). Aber fast 400 von ihnen sind Pensionäre, weitere gut 200 sind in Sonderfunktionen tätig und stehen nicht für die Pfarrseelsorge zur Verfügung. Ein ständiger Verlust an seelsorgerischer Präsenz der Kirche könnte ihre Rolle in der Welt und für die Menschen grundlegend verändern.

Die Situation wird zudem erschwert durch den Prozess einer allgemeinen „Säkularisierung“ bzw. die Erosion an Religiosität in der Gesamtgesellschaft, aber auch im Kreis der kirchlich gebundenen Katholiken. Möglicherweise befindet sich indes der Glaube als Fundament von Religion und Kirche in einem säkularen Transformationsprozess, weg von der existenziellen Jenseitsorientierung zur Begründung einer Lebenskunst zur individuellen und strukturellen Befreiung von Angst und von

Hass. Das wäre eine Lebenskunst, für die eine neue Balance von Wissen und Gewissen zu entwickeln sein wird und mit der eine neue Erfahrung des Zusammenhangs wie auch der Differenz von materieller und immaterieller Wirklichkeit gelingen kann.

In diesem Zusammenhang gibt es durchaus Zeichen der Hoffnung. Die Kirche braucht sich keines staatlichen Drucks mehr zu erwehren im Unterschied zu den ersten 100 Jahren der Bistumsgeschichte. Es gibt im Engagement der Katholiken für die Weltkirche starke Impulse. Es sei nur auf die enge Partnerschaft der Erzdiözese mit Peru hingewiesen. Nicht zuletzt sind in der ökumenischen Bewegung große Fortschritte gelungen. Das Vertrauen zwischen den Konfessionen ist enorm gestiegen. Der interkonfessionelle, interreligiöse und interkulturelle Dialog befindet sich auf einem guten Weg.

Katholiken gelten mit Recht als Menschen mit ausgeprägtem Geschichtsbewusstsein. Kein Wunder, da ihre Kirche sich nicht nur von ihrem Ursprung vor 2000 Jahren herleitet, sondern in der historischen Kontinuität (die u. a. auf der apostolischen Sukzession beruht) ihre besondere Kraft und Identität begründet. Das stärkt den Willen, Ererbtes zu bewahren. Die Geschichte lehrt indes auch unterscheiden, was bleibt und was die unentwegte Transformation verändert hat. Im Blick auf die 175 Jahre des Erzbistums Freiburg auf dem Weg durch die Zeit lässt sich erkennen, dass im Wechsel- und Spannungsverhältnis zwischen Fortschritt und Verteidigung dieses Erzbistums sich zugleich als stabil und zukunftsfähig erwiesen hat, nicht von Anfang an und nicht immer als ein Haus, „das voll Glorie schauet“, aber eines mit festem Fundament und weitem Ausblick in eine Zukunft, die gerade auch von Christen aus diesem Bistum zu bewahren und zu gestalten, zu verteidigen und zu erneuern sein wird.

Anschrift des Autors:  
Prof. Dr. Wolfgang Hug  
Hagemattenstraße 20  
79117 Freiburg